

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Buchhandlungen

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Bellagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

7. Jahrgang Dresden, Dienstag den 13. Oktober 1931 Nummer 168

Gegen die Reichen — für die Armen!

Anträge der KPD im Reichstag

Weg mit den Notverordnungen / Schluß mit den Tributzahlungen / Arbeit, Brot und Freiheit für das werktätige Volk / Billige
Lebensmittel / Winterbeihilfen für die Erwerbslosen / Kinderpflanzung statt Panzerkreuzer

Erhöhte Aktivität im Massenkampf des werktätigen Volkes für die Durchsetzung dieser Forderungen!

Die ungeheure Not des werktätigen Volkes wird durch die bestehende Krise immer mehr verschärft, die letzten Reste politischer Freiheit sind für die Werktätigen aufgehoben. Der kapitalistische Wankrott bringt täglich neue Massentötungen, Vertreibungsbewegungen, massenhafte Zusammenbrüche kleiner Geschäftsbetriebe und Kleinbauern, Abbau der Löhne, Gehälter und sozialen Unterhaltungen. Die Parteien von der SPD bis zu den Nazis sind Parteien der kapitalistischen Klasse, die, um das kapitalistische Profitregime aufrechtzuerhalten, dem werktätigen Volk immer neue Opfer auferlegen. Als einzige Partei führt die Kommunistische Partei die arbeitenden Massen im Kampf um Brot und Arbeitsmöglichkeit, im Kampf um bessere Zustände zu kämpfen.

Die Anträge, die die Kommunistische Partei für die bevorstehende Sitzungsperiode des Reichstages gestellt hat,

liegen in dieser Richtung, sie stellen die Kampfziele für den gegenwartsnahen politischen Kampf des werktätigen Volkes auf. Ziel der Stellungnahme zu diesen Anträgen werden sich die kapitalistischen Parteien, vor allem die Nazis und die SPD, immer wieder erkennen. Es wird sich zeigen, daß die Kapitalisten sogar gegen solche Mindestanträge, wie die Winterbeihilfen für die Arbeitslosen, stimmen. Nazis und SPD werden die Anträge im Interesse des werktätigen Volkes ablehnen und vor den Großkapitalisten jede Belastung fernhalten. Aber um so größere Massen werden den Forderungen der KPD und sozialistischen Parteien erkennen, sich von diesen Parteien abwenden und unter Führung der Kommunistischen Partei für Brot und Arbeit kämpfen.

Aufhebung der Notverordnungen

Was allen Dingen fordert die kommunistische Reichstagsfraktion in ihren Anträgen die Aufhebung sämtlicher Notverordnungen der Weimarer Regierung, die dem werktätigen Volk zu unbeschreiblichem Leid gebracht haben. Die Aufhebungsanträge sind für jede einzelne Notverordnung besonders gestellt, ebenso ist ein Antrag auf Aufhebung der preußischen „Sparsnotverordnung“ eingebracht worden.

Einstellung der Tributzahlungen

In einem der wichtigsten Anträge fordert die KPD, alle Tributzahlungen auf Grund des Versailler Friedensvertrages sofort einzustellen sowie alle sogenannten privaten Schuldverpflichtungen an das kapitalistische Ausland für null und nichtig zu erklären und jede weitere Zinszahlung für solche Verpflichtungen als Kapitalverflechtung mit schwerer Strafe zu bedrohen.

Die ungeheuren Lasten des Youngplans sowie die in der Hauptphase aus den Tributzahlungen resultierenden Milliardenlasten für Auslandsschulden werden voll und ganz auf das arbeitende Volk abgewälzt. Der Antrag der KPD zeigt, wie die Kommunisten diese Frage lösen werden, wenn sie an die politische Macht gelangt sind.

Ein weiterer Antrag fordert den Austritt aus dem Völkerbund, der sich deutlich genug als Organisation zur Aufrechterhaltung des Versailler Systems und der Einkreisung der Sowjetunion gezeigt hat.

Politische Freiheit für die Werktätigen

Gegen die Aufhebung der letzten politischen Freiheiten des werktätigen Volkes wendet sich die KPD, mit dem Antrag, der fordert:

Mit sofortiger Wirkung das Verbot des Roten Frontkämpferbundes, alle Demonstrationsverbote, alle Verbote kommunistischer Zeitungen aufzuheben und die politische Ueberwachung aller Arbeiterversammlungen (öffentliche Versammlungen, Mitgliedereversammlungen, Belegschaftsversammlungen) einzustellen.

Ferner hat die KPD einen Antrag auf Gewährung von Straffreiheit (Amnestie) für alle proletarischen politischen Gefangenen sowie für alle, die infolge der ungeheuren wirtschaftlichen Not wegen Notdelikten verurteilt wurden oder angeklagt sind, eingebracht. Insbesondere werden darin erwähnt Verstöße gegen Paragraph 218 sowie Nothandlungen der Kleinbauern und Kleinhandwerkerbetriebe.

Weg mit billigen Lebensmitteln!

Infolge der rückwärtsgehenden Sozialpolitik der herrschenden Klasse sind die Lebensmittelpreise in Deutschland doppelt, dreifach oder gar vierfach höher als im Ausland. Die Kommunistische Partei

beantragt daher Aufhebung sämtlicher Zölle, die die Lebenshaltung des werktätigen Volkes verteuern. Für den Fall der Ablehnung des weitestgehenden Antrages auf Aufhebung der betreffenden Zölle, stellt die KPD einen Ewigenantrag auf Zollfreiheit für Getreide und Reis, Hülsenfrüchte, Knollen- und Wurzelgewächse, Grün- und Rohwolle, Düngemittel, Zellulose und Sämereien, Holzwaren, Steinwaren, Eisen und Eisenlegierungen und Maschinen.

Diesen Forderungen werden insbesondere die werktätigen Kleinbauern zustimmen, die durch die Hochschuldschulden nur ungenügend geschützt werden. Die Künftler der Hochschuldschulden, die Großgrundbesitzer und industriellen Großproduzenten, insbesondere die Schwerindustrie werden selbstverständlich gegen die Forderungen der KPD alle Mägen springen lassen.

Zugunsten der Kleinbauern, Kleinwinger, Forst- und Landarbeiter wurden eine ganze Anzahl Anträge auf Hilfe gestellt, insbesondere auch für diejenigen, die infolge der Hochschuldenkatastrophe in schwere Not geraten sind. Die Mittel für diese Hilfe sind durch entsprechende Abträge im Reichswahlrecht aufzubringen.

Weg mit den Massenbelastungssteuern!

Die ungeheure Not der Werktätigen in Stadt und Land ist vor allem infolge der Steuern, die nur die breiten Massen belasten, so verarmt geworden. Die kommunistische Partei fordert daher Streichung der Massenbelastungssteuern, Einstellung der Steuern

(Fortsetzung auf Seite 2)

Kampf den Inflationsverbrechern

Kommunistische Partei fordert Verhaftung Hitlers und Hugenbergs, Schachts, Seldies, Duesterbergs

Die Reichstagsfraktion der Kommunistischen Partei Deutschlands übermittelt uns nachfolgendes Communiqué:

„Auf Befehl des Zentralkomitees der KPD, hat die Reichstagsfraktion der Kommunistischen Partei Deutschlands nachfolgenden Antrag gestellt:

Der Reichstag wolle beschließen:

Hans G. Hitler, Eugen Hugenberg, Schacht, Seldie, Duesterberg, die auf der Harzburger Tagung der sogenannten „Nationalen Opposition“ durch ihr Komplott zur Herbeiführung einer neuen Inflation sich des Hoch- und Landeserrates an den Interessen des werktätigen Volkes schuldig gemacht haben, sind sofort zu verhaften.“

Dieser Antrag der kommunistischen Reichstagsfraktion wurde durch die Rede veranlaßt, die der frühere Reichsbankpräsident Dr. Hjalmar Schacht auf der Harzburger Tagung der sogenannten „nationalen Opposition“ gehalten hat. Dieses Auftreten Schachts, das im Sinne der Bestrebungen eines großen Teiles des deutschen Finanzkapitals, führender Kreise der Schwerindustrie und der Großgrundbesitzer, dazu dienen soll, die Inflation in Deutschland in beschleunigtem Tempo herbeizuführen, erfolgte mit Wissen und Einverständnis sowie unter Billigung der übrigen Führer der Harzburger Tagung, insbesondere der Führer der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen Volkspartei und des Stahlwerks.

Es handelt sich also um ein verbrecherisches Komplott mit dem Ziel, das deutsche Volk erneut wie im Jahre 1923 in das Elend der Inflation zu stürzen. Die Harzburger Tagung war somit keineswegs eine Tagung einer nationalen Opposition, sondern eine Aktion des Hoch- und Landeserrates gegen das werktätige deutsche Volk, mit deren Hilfe die Masse der kleinen Sparer zugunsten des Großkapitals enteignet und durch die Entwertung der Löhne, Gehälter und Unterführung mittels Inflation, die Masse der Betriebsarbeiter, Angestellten, Beamten und Unterstützungsempfänger in namenloses Elend gestürzt werden soll.

Die KPD, feldet mit diesem Antrag auf Verhaftung der Schuldigen eine Mobilisierung aller werktätigen Schichten gegen die Inflationsverbrecher und ihre Pläne ein.“

Leipziger SUZ löst sich auf!

Der Radikalisierungstypus der linken Arbeiter in der Leipziger Sozialistischen Arbeiter-Jugend, der mit dem geschlossenen Uebertritt der Funktionäre der Gruppe Reudnitz zum KPD eingeleitet wurde, hat in der vergangenen Woche rasende Fortschritte gemacht. Der Erklärung der übergetretenen Genossen aus Reudnitz haben sich inzwischen noch weitere 12 Genossen angeschlossen, so daß insgesamt 20 Funktionäre und Mitglieder der Leipziger SUZ bereits den Weg zum Kommunismus gefunden haben.

Eine bedeutungsvolle Entwicklung hat sich auch in der Gruppe „Bebel“ (Alt-Leipzig) eingestellt. Dort sollte in einer

Mitgliederversammlung am Freitagabend der bisherige zweite Vorsitzende des Bezirks, Herbert Bergner, ein Referat über die politische Lage halten. Obwohl es ein einstimmig gelauter Beschluß der Funktionäre war, verhandelte die Bezirksleitung dieses Referat mit der Begründung, daß Bergner oppositionell eingestellt sei. Mit Unterstützung der erschienenen Parteimitglieder, die eine der berühmtesten Reichsbanner-Schlagerkolonnen in Bezeichnung hielten, wurde Bergner am Abend verhaftet.

Trotz heftigsten Widerstand der Genossen sprach Bergner zum Schluß der Versammlung gegen die niederträchtigen Methoden der Parteibürokraten und schloß mit einer Uebertrittserklärung zum KPD, in der es unter anderem heißt:

„Die kommenden politischen Kämpfe können nur von einer Partei geführt werden, welche die notwendigen Kampferfahrungen besitzt und in den Massen verwurzelt ist. Darum können wir aus dieser Situation nur die einzig mögliche Konsequenz ziehen, die von dem Genossen Dettlinghaus und der Genossin Torhorst angezeigt wurde.“

Die Unterzeichneten erklären darum mit dem heutigen Tage ihren Uebertritt zur KPD bzw. zum KPD, um an ihrer Seite für die Befreiung der Arbeiterklasse, für den Sozialismus zu kämpfen.

Herbert Bergner, 2. Bezirksvorsitzender der SUZ Alt-Leipzig
Rudolf Wenzel, 1. Schriftführer, Martin Helas.“

Und ihr oppositionellen Dresdener SUZler? Wie lange wollt ihr den schwankenden Führern vom Schläger der Fabian, Wagner folgen?

Reicht auch ihr euch ein in den KPD!

Kommt alle in die Versammlung, heute abend um 8 Uhr im Keglerheim Friedrichstraße.

Streit bei Linke-Hoffmann

Breslau, 12. Okt. (Eig. Ber.)

Die Belegschaft der Linke-Hoffmann-Werke, in Stärke von 1000 Mann, ist heute mittag geschlossen in den Streit getreten.

Der Kampf der Linke-Hoffmann-Arbeiter geht gegen den fortgesetzten Alford-Lohnabbau, die Direktion fordert einen neuen Abbau bis zu 30 Prozent. Schon am letzten Donnerstag waren deshalb 3 Abteilungen in passive Resistenz getreten, am Freitag trat die gesamte Belegschaft in passive Resistenz. Am Sonnabend legte der Unternehmer eine Forderung ein und stellte am Montag die Lohnabbauforderung härter. Daraufhin trat die Belegschaft in den Streit.

Die gesamte deutsche Arbeiterklasse begrüßt diesen Kampf der Belegschaft gegen Lohnabbau. Das Beispiel muß in Sachsen überall befolgt werden.